

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

BDS-Bewegung ablehnen – Friedliche Lösung im Nahen Osten befördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bekennt sich unabänderlich zu seinem Versprechen, Antisemitismus in allen seinen Formen zu verurteilen und zu bekämpfen. Antisemitismus versteht er dabei als eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.

Dem Deutschen Bundestag ist bewusst, dass die Existenz und Gründungsgeschichte Israels die unwiderrufliche Konsequenz ist aus der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden sowie eine historische Konsequenz aus einem jahrhundertalten Antisemitismus, der älter ist als der Nazifaschismus und der mehr umfasst als seine europäisch-christliche Verfolgungsgeschichte. Dieser weltgeschichtlichen Emanzipation gilt unsere uneingeschränkte Solidarität ebenso wie der Möglichkeit, diese auch für alle Zukunft zu verteidigen. Für Deutschland, als Land der Täter, bleibt dieses besondere Verhältnis eine unverzichtbare Verpflichtung aus der Geschichte. Dem Deutschen Bundestag ist zugleich bewusst, dass im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges und des Sechs-Tage-Krieges Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben und zahlreiche Städte und Dörfer zerstört wurden und eine kollektive Erinnerung, die als „Nakba“ tief im Gedächtnis der palästinensischen Bevölkerung verankert ist, entstanden ist.

Es steht fest, dass eine friedliche Lösung, auf Basis der bisherigen UN-Resolutionen sowie der zwischen beiden Parteien geschlossenen Abkommen nur mit zwei unabhängigen, lebensfähigen, demokratischen und miteinander kooperierenden Staaten umsetzbar ist.

Seit Jahren ruft die „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (abgekürzt BDS) auch in Deutschland zum Boykott gegen israelische Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Sportlerinnen und Sportler und gegen israelische Waren und Dienstleistungen auf. Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens. Es gibt Äußerungen und Handlungen aus der BDS-Bewegung, die darauf abzielen, das Existenzrecht des Staates Israel in Zweifel zu ziehen. Wo Boykottaufrufe in der Bundesrepublik Deutschland an antisemitische Positionen des Nazifaschismus erinnern, sind sie inakzeptabel und scharf zu verurteilen.

Der Deutsche Bundestag tritt entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und entsprechende Handlungen auf. Aufrufe aus Deutschland zum Boykott israelischer Waren müssen klar verurteilt werden.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. jeden Antisemitismus in BDS-Aufrufen zum Boykott von israelischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern oder Sportlerinnen und Sportlern sowie von israelischen Waren und Unternehmen zu verurteilen;
2. seine Unterstützung für die Bundesregierung und den Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus sowohl in der Prävention als auch in der entschiedenen Bekämpfung von Antisemitismus unvermindert fortzusetzen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine friedliche Lösung zu befördern und sich für zwei unabhängige, demokratische und miteinander kooperierende Staaten, auf Basis der bisherigen UN-Resolutionen sowie der zwischen beiden Parteien abgeschlossenen Abkommen einzusetzen.

Berlin, den 15. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion